



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 28. Februar 1909

(Die Landwirtschaftswoche. Die Reichsfinanzreform. Zur Balkankrisis.)

Die große Landwirtschaftswoche, die alljährlich um diese Zeit dem Leben der Reichshauptstadt ein besonderes Gepräge gibt, stand in diesem Jahre wieder einmal im Zeichen stärkerer politischer Erregung. Zwar sind die Zeiten vorüber, wo die in dem Bunde der Landwirte organisierten Kreise um die Bewertung ihres Gewerbes und seiner Interessen innerhalb des Staatslebens einen heißen, erbitterten Kampf zu führen hatten. Heute steht die Landwirtschaft einer wohlwollenden, verständnisvollen Regierung gegenüber, und die Schwierigkeiten, mit denen das landwirtschaftliche Gewerbe vor etwa anderthalb Jahrzehnten zu kämpfen hatte, sind überwunden. Aber die Kampfzeit hat aus der agrarischen Organisation etwas anderes gemacht, als ursprünglich gedacht war. Sie ist ein politischer Machtfaktor geworden, der einen wirtschaftlichen Interessentkreis in dem Sinne vertritt, daß er ihm womöglich eine führende Stellung sichern will. Dieses Streben allein ist schon geeignet, dem Bunde der Landwirte eine starke Gegnerschaft zu erwecken. Denn andere Interessentkreise werden sich den Gedanken, daß die Landwirtschaft ein Übergewicht im Staate beanspruchen dürfe, schwerlich zu eigen machen. Der Staat umfaßt alle die verschiedenen gewerblichen Interessen und muß allen gleichmäßig gerecht werden. Wenn aber Unterschiede anerkannt werden, dann glauben die Vertreter von Industrie und Handel ein Anrecht auf den Vorrang zu haben, weil das moderne Wirtschaftsleben an die Stelle des alten Agrarstaats immer mehr den Industriestaat setzt. Die Frage ist nun, ob der moderne Staat dieser Entwicklung ohne weiteres folgen, sich von ihr gewissermaßen tragen lassen und sich darauf einrichten soll oder nicht. Es ist hier nicht der Ort, dieser Frage weiter nachzugehen und das Für und Wider abzuwägen. Die wirtschaftspolitische Anschauung der gegenwärtig maßgebenden Stellen im Deutschen Reiche geht dahin, daß der Staat seiner Pflicht, das gewerbliche Leben in jeder Gestalt zu schützen und zu fördern, gerecht werden soll, daß es aber nicht im Interesse der Gesamtheit liegt, die allmähliche Zurückdrängung der Landwirtschaft durch Handel und Industrie als eine durchaus notwendige und unabänderliche Tatsache hinzunehmen und wo möglich noch zu unterstützen, daß es im Gegenteil bei der natürlichen Stärke, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen Handel und Industrie haben, für diese keine Zurücksetzung oder Vernachlässigung bedeutet, wenn der Landwirtschaft jede zulässige Hilfe zuteil wird, die es ihr gestattet, sich neben den andern großen Erwerbsgruppen zu behaupten. In diesem Sinne hat sich Fürst Bülow als ein warmer Freund der Landwirtschaft bewährt, und so hat er es auch wohl gemeint, als er einst das Wort prägte, er wünsche, man solle ihm einmal auf den Leichenstein setzen: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen.“

Man wird es an sich dem Bund der Landwirte nicht verübeln können, wenn er für den Erfolg seines Strebens stärkere Garantien sucht als das Wohlwollen der zurzeit am Ruder befindlichen Regierung. Er drängt darauf hin, sich selbständig energischer und in weiterm Umfange durchzusetzen, als es ihm jedesmal in Wirklichkeit zugestanden wird. Die Versuchung liegt dabei freilich nahe, daß das Bestreben, ein politischer Machtfaktor zu werden und zu bleiben, über die Grenzen hinausführt, die durch das Interesse der Gesamtheit gezogen sind. Dieser Versuchung ist der Bund wiederholt erlegen. Man kann daher ein warmer Freund der Landwirtschaft sein und sich an allem beteiligen, was geeignet ist, dem Staate

Grenzboten I 1909

67

mitten unter den Fortschritten der Industrie und dem Anwachsen des beweglichen Kapitals einen lebenskräftigen Grundbesitz und einen bodenständigen, tüchtigen Bauernstand zu erhalten, und doch unter Umständen zu der Überzeugung kommen, daß das politische Agrariertum zu einer Gefahr für den Staat wird, weil es über sein berechtigtes Interesse hinaus und zum Schaden der Gesamtheit die Meinungen und Vorurteile einer einseitigen wirtschaftlichen Richtung dem Staate als politische Wahrheiten und Notwendigkeiten aufdrängen will.

Auch da, wo man mit Methode und Wirkung nicht einverstanden ist, kann man anerkennen, daß die Führung des Bundes der Landwirte geschickt auf ihr Ziel hingearbeitet hat. Aber diese Anerkennung kann die Einsicht nicht hindern, daß eine Gefahr vor allem darin liegt, daß der Bund auch einer wohlwollenden Regierung gegenüber von Zeit zu Zeit Machtproben anstellen muß, um zu beweisen, daß er die Selbständigkeit bewahrt und nicht erschläft. Eine politische Partei bedarf solcher Proben nicht, da sich die von ihr vertretene Grundanschauung stets an dem Gegensatz anderer Anschauungen messen kann. Verschiedene Anschauungszweifel politischer Fragen sind immer da; es fehlt daher auch nie an der nötigen Reibung, die den Kampf lebendig erhält. Eine Vertretung wirtschaftlicher Interessen dagegen, die in ihren Bestrebungen von einer wohlwollenden Regierung in der Hauptsache anerkannt und unterstützt wird, läuft Gefahr, als überflüssig zu erscheinen, weil sie für die materiellen Forderungen ihres Programms keinen ersten Kampf mehr zu führen hat, die ideelle Grundlage ihres Strebens jedoch viel wirksamer und umfassender in dem Programm einer auf gleichem Boden stehenden politischen Partei zum Ausdruck kommt. Deshalb wird bei einer solchen Interessenvertretung immer die Neigung bestehen, künstliche Differenzen mit einer sonst wohlwollenden Regierung zu schaffen, damit „gekämpft“ werden kann und die Massen deutlich sehen, wozu die Organisation da ist. Und ebenso wird man versuchen, die Gesamtheit der verfochtenen Interessen zu einer besondern „Weltanschauung“ zu erweitern und zu vertiefen. Das ist aber innerlich unberechtigt, denn eine wirtschaftliche Interessenvertretung sollte niemals an die Stelle einer politischen Partei treten wollen. Mag die politische Parteianschauung auch bestimmten wirtschaftlichen und sozialen Gruppen eigentümlich sein, sie muß doch immer davon ausgehen, daß sich jeder Staatsbürger im Interesse des Ganzen zu ihr bekennen kann. Wird eine politische Anschauung auf einen bestimmten wirtschaftlichen Interessenkreis von vornherein zugeschnitten, so verliert sie mit ihrer Allgemeingiltigkeit auch ihre Berechtigung.

Das agrarische Hauptorgan hat es uns gewaltig übelgenommen, als wir vor einiger Zeit den heftigen Widerstand der Agrarier gegen die Nachlaßsteuer auf das Bedürfnis zurückführten, die Massen des Bundes der Landwirte wieder einmal durch kräftige Opposition in Bewegung zu bringen. Die Nachlaßsteuer war in den Kreisen der Landwirte allerdings unpopulär und hatte ihre Bedenken; dieser sachliche Widerstand war natürlich nicht anzufechten. Aber er wurde hauptsächlich durch den Bund auf das äußerste geschürt. Es wurde mit allen Mitteln verhindert, daß die offenbaren Irrtümer und Vorurteile, die sich eingeschlichen hatten, irgendwie berichtigt wurden. Diese demagogischen, mit Irrführungen und Phrasen arbeitenden Methoden erklären sich nur aus dem Bestreben, die im Frieden mit der Regierung erschlaffende agrarische Bewegung aufzustacheln und ihr wieder politisches Machtbewußtsein einzulößen. Die Erwiderung der Deutschen Tageszeitung zeigte uns damals, daß wir das Richtige getroffen hatten. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am 22. Februar wie üblich im Zirkus Busch abgehalten wurde, hat uns eine weitere Bestätigung unserer Meinung gebracht. Sie lag in

den Ausführungen des Bundesdirektors Dr. Diedrich Hahn, eines Herrn, der aus seinem Herzen niemals eine Mördergrube zu machen pflegt. Er besprach das Verhältnis des Bundes zur Regierung und erinnerte an das bekannte Gleichnis von dem Wettstreit von Regen, Sturm und Sonne, die dem Wanderer den Mantel von den Schultern ziehen wollen. Dr. Hahn äußerte ganz ehrlich, daß er Besorgnisse hege, das Wohlwollen der Regierung könne auf den Bund der Landwirte wirken wie die Sonne auf den mit dem Mantel bekleideten Wanderer, der ihn unter den warmen Strahlen freiwillig von den Schultern nimmt. Der Bund aber will seinen Mantel behalten, und darum sorgen die Wettermacher des Agrariertums für etwas Sturm und Regen. Oder richtiger: die Massen werden hypnotisiert, damit man ihnen einreden kann, der warme Strahl sei eigentlich eine Wetterwolke, die sich über ihnen entladet. Und was Dr. Hahn weiter auseinanderlegte, was dann auch in den übrigen allgemeinen Ansprachen zum Ausdruck kam, das war die Meinung, daß die speziell agrarischen Interessen eine besondere politische Anschauung, ja eine Weltanschauung darstellten, die das unbedingte Recht hätte, sich durchzusetzen, ohne sich durch andre Interessen einschränken und beirren zu lassen. Man müßte vor der naiven Brutalität, mit der diese Ansichten vorgebracht wurden, geradezu erschrecken, wenn man nicht wüßte, daß diese aufgeregten Leute doch im Grunde patriotisch bis auf die Knochen sind. Aber das beseitigt nicht die Gefahr, die in diesem demagogischen Spiel mit einem oppositionslustigen Unverständnis liegt.

Interessant war der Vortrag, den Herr Aus dem Winkel=Logau über das Tagesthema, die Reichsfinanzreform, hielt. Die Ausführungen bewegten sich auf der Linie, die so ziemlich von der ganzen konservativen Partei innegehalten wird. Sie waren sachlich gehalten und bilden daher eine wertvolle Unterlage für die Beurteilung des konservativ-agrarischen Standpunkts, der das Zustandekommen der Reform durch Verständigung mit den Liberalen durchaus sichern könnte, wenn die Nachlaß- und Erbschaftsteuer nicht das Hindernis wäre. Und in diesem Punkte waren auch die Behauptungen des Herrn Aus dem Winkel nicht einwandfrei. Es ist überaus bezeichnend, daß dieser Herr, der offenbar so ruhig und sachlich sprechen wollte, wie es in einer Massenversammlung bei der herrschenden Stimmung nur irgend möglich war, doch in bezug auf die Wirkungen der Nachlaßsteuer Schilderungen entwarf, die sofort in sich zusammenstürzen mußten, sobald eine wichtige Tatsache nicht verschwiegen wurde. Alle diese Schilderungen wären wunderschön, einleuchtend und treffend, wenn die Regierung den Vorschlag gemacht hätte, etwa jeden Nachlaß gleichmäßig mit einem bestimmten, relativ hohen Prozentsatz zu besteuern. Es wurde aber mit der äußersten Sorgfalt verschwiegen, daß in allen den Fällen, in denen auch nur annähernd von einer wirklichen Notlage der Hinterbliebenen die Rede sein kann, gar keine Steuer erhoben werden soll, daß die Steuer progressiv mit der Höhe des Nachlasses steigt, bei kleinen Hinterlassenschaften beinahe lächerlich gering ist und selbst bei großen Vermögen noch ein so kleines Opfer bedeutet, daß jeder Mensch, der die bei jedem Todesfall an die Hinterbliebenen herantretenden Sorgen und Lasten einigermaßen kennt, einfach nicht begreift, wie man überhaupt davon reden kann. Dieses fortgesetzte Erörtern von Gegengründen und Bedenken, die in Wirklichkeit gar nicht in Betracht kommen würden, und die hartnäckige Nichtbeachtung der Grenzen und des Umfangs der geplanten Besteuerung ist das Charakteristische bei der agrarischen Agitation. Es brauchen den vernünftigen Leuten unter den Landwirten nur einmal die wirklichen Zahlen, um die es sich handelt, ernsthaft klar gemacht und mit den bei Todesfällen zu zahlenden Gerichtskosten, Gebühren usw. verglichen zu werden, dann würden vielleicht noch Meinungsverschiedenheiten über die Ausführung im einzelnen zurückbleiben, aber der prinzipielle Widerstand würde



auf die allgemeine Lage zu der Erklärung genötigt, daß diese höfliche Aufmerksamkeit nicht die Bedeutung haben sollte, die politische Anerkennung der Königswürde vorwegzunehmen. Trotzdem hat diese kleine Befriedigung des bulgarischen Ehrgeizes zur Befestigung der Autorität des Fürsten Ferdinand beigetragen. Daraus darf man wohl die Hoffnung schöpfen, daß in die bulgarisch-türkische Streitfrage keine unnötigen Verschärfungen hineingetragen werden.

Schwieriger sah die Lage in Serbien aus. Die großserbischen Wünsche waren durch die Haltung Rußlands stark genährt worden. Die unruhigen Köpfe in Belgrad hielten fest an der Hoffnung, doch noch mit einem Stück Land für die Enttäuschung, die ihnen die Annexion Bosniens bereitet hatte, entschädigt zu werden. Sie trieben die serbische Stimmung gegen Österreich-Ungarn bis zur Siedehitze. Solche Erregungszustände sind auf die Dauer unmöglich; irgendwie mußte eine Lösung erfolgen, und so wurde die Kriegsgefahr akut. Der Versuch des kleinen Königreichs, mit der habsburgischen Monarchie anzubinden, hätte wohl wenig Eindruck gemacht, wenn nicht die russische Presse in der leidenschaftlichsten Sprache die Verpflichtung Rußlands betont hätte, in einem solchen Kriege an die Seite Serbiens zu treten. Das bedeutete aber einen Angriff Rußlands gegen Österreich-Ungarn, und dieser schloß wiederum für Deutschland den Bündnisfall in sich. Die Russen schienen zu hoffen, daß dann auch Frankreich an ihre Seite treten würde. Kurz und gut, ein europäischer Krieg von unberechenbaren Dimensionen wäre zu erwarten gewesen. Und dann war auch die Haltung Englands zweifelhaft und der türkisch-österreichische Vertrag noch nicht perfekt. Die Serben glaubten im Vertrauen auf die freundliche Politik Rußlands und die Österreich keineswegs freundliche Stimmung in England den Konflikt ungestraft schüren zu können. In England glaubte man in diesem Augenblick, um etwas für den Frieden zu tun, aber auch Rußland und die Türkei nicht zu verletzen, einen gewissen Druck auf Österreich ausüben zu können. Das erwies sich als unmöglich, aber Frankreich nahm den Gedanken auf, weil es durch eine ernstlich gemeinte Friedensvermittlung aus einer Situation herauskommen wollte, die mehr als eine Verlegenheit für seine politischen Interessen enthielt. Der französische Vorschlag ging dahin, daß Deutschland in Wien freundschaftliche Einwirkungen versuchen sollte, um die Streitpunkte zwischen Österreich-Ungarn und Serbien aus der Welt zu schaffen. Serbien sollte sich dann an Stelle der territorialen Zugeständnisse mit wirtschaftlichen Vorteilen begnügen. Deutschland mußte diesen Vorschlag ablehnen, da unsere Stellung zu Österreich-Ungarn eine solche Intervention nur gestattet, wenn wir damit einen eignen Wunsch unsers Verbündeten erfüllen. Es war erfreulich, daß Frankreich diese Gründe als stichhaltig anerkannte, seinen Vorschlag zurückzog und sich die deutsche Anregung zu eigen machte, wonach ein gemeinsamer Schritt der Mächte in Belgrad mehr angebracht sein würde. Dieser Anregung lag zugleich der Gedanke zugrunde, daß durch einen gemeinsamen Schritt der Großmächte die serbische Eigenliebe geschont würde. Serbien würde dann nicht vor einer einzelnen Macht zurückweichen, sondern durch ein Votum Europas veranlaßt werden, die gewünschten Kompensationen auf andern Gebieten zu suchen als gerade in territorialem Gewinn. Und man wußte, daß der leitende Staatsmann in Österreich diesem Gedanken durchaus geneigt war. Dem von Frankreich angenommenen deutschen Vorschlage schloß sich auch Italien an, und ebenso hielt England die Ideen für richtig, wenn es auch Rücksicht auf Rußland nehmen wollte. Der Beitritt Rußlands zu dem Gedanken einer freundschaftlichen Intervention in Belgrad im Sinne einer Verständigung mit Österreich-Ungarn und unter Fallenlassen territorialer Forderungen schien auf

Schwierigkeiten zu stoßen. Aber Frankreich unternahm es, Rußland dafür zu gewinnen. Es ist nun wirklich gelungen, die Großmächte außer Osterreich-Ungarn zu einem vermittelnden Schritt in Belgrad zusammenzubringen. Erleichtert wird dieser Schritt durch verschiedene Umstände. Erstens ist in Serbien inzwischen ein neues Ministerium unter Vorsitz von Nowakowitsch gebildet worden, das alle Parteien in sich vereinigt. Nowakowitsch hat es kürzlich in sehr geschickter Weise verstanden, den Regungen des serbischen Nationalgefühls gerecht zu werden und doch das Nachgeben gegenüber dem Willen Europas vorzubereiten. Ferner ist es denen, die es angeht, bekannt, daß Baron Aehrenthal den Serben die Verständigung nach Möglichkeit erleichtern wird. Endlich ist, und das ist sehr wichtig, inzwischen der Vertrag zwischen der Türkei und Osterreich-Ungarn über die Abtretung von Bosnien und der Herzegowina unterzeichnet worden. Dadurch ist eine so unanfechtbare Rechtslage geschaffen, daß für Serbien der Gedanke, für seine Ansprüche auf eine Gebietsentschädigung vielleicht noch einen Rückhalt an den Signatarmächten des Berliner Vertrags von 1878 zu finden, vollständig in Nebel zerfließen muß. So scheint denn endlich eine Grundlage gefunden zu sein, die es ermöglicht, die Konfliktstoffe im Orient wirklich unschädlich zu machen.

Amliche Erziehung zur Höflichkeit. Als die amerikanische Flotte im Oktober vorigen Jahres in den Häfen Japans erwartet wurde, ließ der Gouverneur von Kanogawa, einer Stadt an der Bucht von Tokio, folgenden Erlaß den Bewohnern bekannt machen, den wir aus der französischen Zeitschrift *Tour du Monde* wiedergeben: Müßiggänger sollen sich nicht um die Fremden scharen. Kaufleute dürfen von ihnen nicht übertriebene Preise fordern. Es ist nicht erlaubt, mit Steinen nach den Hunden zu werfen, die die Ausländer begleiten; die Fremden sind mit Höflichkeit und Herzlichkeit zu behandeln. Wenn sie in ein Amtszimmer treten, muß ihnen ein Stuhl angeboten werden; auch ist nicht zu verlangen, daß sie den Hut abnehmen. Über ihre Kleidung, ihre Religion und ihre Gebräuche dürfen keine spöttischen Bemerkungen gemacht werden, noch weniger dürfen ihnen rohe oder beleidigende Worte zugerufen werden. Ihnen neugierig ins Gesicht zu sehn oder sie unverschämt anzustarren, ist nicht erlaubt. Niemand darf das Haus eines Ausländers mit schmutzigen Stiefeln betreten. Fremde Missionare hat man ebenso zu respektieren wie die japanischen Priester. Wenn die Ausländer ihre Spiele treiben oder spazierengehn, dürfen ihnen nicht Scherben, Knüttel oder Steine in den Weg geworfen werden. In den Eisenbahnwagen oder den Schiffen, in denen Fremde mit euch reisen, ist es verboten, auf den Boden zu spucken, Obstschalen oder Zigarrenreste hinzuwerfen. Es ist untersagt, nach einer ausländischen Dame mit dem Finger zu zeigen, sie durch übermütige Redensarten zu belästigen oder gar ohne Grund nach dem Alter zu fragen. Wenn ihr mit einem Ausländer geht, haltet euch einen Schritt von ihnen entfernt, und wenn er die Uhr herauszieht, so merkt, daß er noch andre Besorgungen zu machen hat.

Die Japaner gelten im allgemeinen als ein höfliches Volk; es scheint aber doch, daß die Erziehung und amliche Vorschriften mehr dazu getan haben als natürliche Anlagen. Auch bei uns merkt man ja in jedem Dorfe sogleich an dem Benehmen der Jugend, wie hoch man den Schulzen und den Lehrer einzuschätzen hat.

Die Wissenschaft von der deutschen Geschichte. Es ist zu verwundern, daß es bis jetzt noch keinen umfassenden „Grundriß“ der deutschen Geschichtswissenschaft gegeben hat, wie ihn zum Beispiel die klassische Altertumswissenschaft, die

germanische und die romanische Philologie seit Jahren besitzen, ein Abriß der Methode, der Hilfsmittel, der Teildisziplinen und der genauen derzeitigen Ergebnisse und Probleme. Das zweibändige Handbuch der deutschen Geschichte von Gebhardt, das Anfang der neunziger Jahre erschien, war zwar zum Teil in dieser Richtung entworfen, betrat aber den Weg von der Historie zur Historik nicht mit der nötigen Energie und berichtete auch fast nur über das Wissen von der politischen Geschichte, davon allerdings ausreichend. Erst jetzt haben sich siebzehn Gelehrte, meist Universitätslehrer und einige Archivbeamte, zur Bearbeitung eines vollständigeren Grundrisses zusammengefunden, wobei Initiative und Löwenanteil der Universität Münster mit vier Verfassern gehört, darunter dem Herausgeber Aloys Meister.\*) Das Werk, ebenfalls zweibändig geplant, ist noch im Erscheinen, doch liegt der größere Teil vor, sodaß Urteil und Empfehlung möglich sind. Denn der „Grundriß“ ist zwar zunächst für „Studierende“, das heißt Studenten berechnet, dürfte aber auch den Studierten, soweit sie irgend Fühlung mit der gegenwärtigen Wissenschaft wünschen, sehr willkommen sein. Die Behandlung der politischen Einzelereignisse schließt er aus und bringt im ersten Bande außer den geschichtlichen Hilfswissenschaften (Paläographie, Urkundenlehre, Chronologie, Siegel- und Wappenlehre) eine durch Neuheit und Gediegenheit gleich beachtenswerte Arbeit über historische Geographie und dann die Quellen- und Geschichtsschreiberkunde, von der nur der zweite Teil, seit 1500, noch aussteht. Der zweite Band stellt dann dar: Wirtschaftsgeschichte, Verfassungsgeschichte, Rechtsgeschichte, Kirchenverfassungsgeschichte; von ihm ist etwa die Hälfte erschienen.

Das Gepräge des Ganzen ist dadurch gegeben, daß namentlich jüngere Gelehrte mit neuer Kraft und in frischer Sprache Zusammenfassungen ihrer Disziplinen gewagt haben, auch wo große, bewährte Handbücher vorlagen. Sie haben den Vorteil, in der wissenschaftlichen Bewegung der Gegenwart als die empfindlichsten Fühler dessen, was soeben entwickelt wird, drin zu stehen, sie sind sich aber auch fast durchweg der eigentümlichen Verpflichtung ihrer Aufgabe bewußt gewesen. So ist die Form im ganzen knapp — bei großer inhaltlicher, namentlich bibliographischer Fülle —, lebhaft und gut geworden. Wenn hier von einzelner gesprochen werden darf, so seien besonders die Kirchenverfassungsgeschichtlichen Teile empfohlen (Werminghoff und Sehling), während in der Darstellung der weltlichen deutschen Verfassung (Meister) bei den germanistisch-sprachlichen Ableitungen, die mit voller Sicherheit vorgetragen werden, öfter ein kräftiges Fragezeichen zu machen ist: Graf hat mit einem konstruierten garofjo etymologisch nichts zu tun, die Wurzel von Sippe bedeutet nicht Friede, mundtot darf nicht von dem altdeutschen Worte Munt (Schuß) abgeleitet werden. In der ältern Wirtschaftsgeschichte (Küßsche) wird man sich dafür interessieren, den psychischen Charakter einer Periode in bezug auf wirtschaftliches Verhalten dem im einzelnen geschilderten Verhalten selbst vorangestellt zu finden. In der ältern Quellenkunde (Zansen) könnte man wohl die chronologische Vorstellung noch schärfer ausgeprägt und z. B. Einhard lieber vor Regino, Thietmar lieber nach Widukind behandelt wünschen. Zu bedauern ist, daß der Herausgeber, der in seiner Methodenlehre, wie üblich, Objektivität weiß und Subjektivität schwarz malt, in etwas gewöhnlicher Weise in dem Historikerstreit Partei genommen hat, indem er bemerkt, Lamprecht sei auf einen Satz Rantes „hereingefallen“, Lamprecht habe das Kulturzeitalter des Individualismus — ein

\*) Grundriß der Geschichtswissenschaft zur Einführung in das Studium der deutschen Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Leipzig, B. G. Teubner.

durch Lamprecht von Jakob Burckhardt her übernommener Begriff — „entdeckt“ usw.; doch sind diese Dinge so auffällig, daß sie schon bei gewecktern Studenten abprallen werden.

Der kleine Meyer. Wie alles in der Welt, so ist auch der Begriff „Kleinheit“ recht relativ. Man kann es den Gipfel der Bescheidenheit nennen, wenn das kleinere von Meyers zwei Konversationslexiken, dessen vor Weihnachten erschienener fünfter Band (Nordkap bis Schönbein) 991 Seiten zählt, Meyers Kleines Konversationslexikon betitelt wird. Daß auch dieser Band in jeder Beziehung auf der Höhe der Zeit steht, braucht nicht besonders gesagt zu werden; nicht empfehlen wollen wir das Werk, sondern nur das Erscheinen des neuesten Bandes melden. Um von dem, was uns besonders gefallen hat, einiges zu erwähnen: die Karten der Nord- und der Südpolarländer geben über den gegenwärtigen Stand der Polarforschung Auskunft. Der Artikel „Österreich“ veranschaulicht die geschichtliche Entwicklung der Monarchie mit acht, den Stand ihrer Industrie mit einer großen und den ihrer Landwirtschaft mit acht kleinen Karten; auch fehlen die Wappen sämtlicher Kronländer nicht. Eine Zeittafel der Päpste wird dem Liebhaber der Geschichte, ein Verzeichnis der Patentgesetze dem Industriellen willkommen sein. Von den zahlreichen technischen Artikeln, die alle genügend und zum Teil reichlich illustriert sind, seien nur Papierbereitung, Photographie, Säe- und Düngerstreumaschinen, Schiffbau, Schloß und Schlosser, Schnellpressen genannt. Der Musiker findet die Entwicklung der Notenschrift, die für Blinde eingeschlossen, der Naturfreund die Orchideen, die Raubvögel, die Schmetterlinge, eine gedrängte Pflanzenkunde samt Verteilung der Vegetationsformen über die Erde, jedermann einen Augenschmaus an schönen, zum größeren Teil bunten Bildern. Von den ins Gebiet der Kunst einschlagenden sind mit solchen besonders die Artikel Ornament und Renaissance reich ausgestattet.

C. J.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

## Als Maître de Plaisir

werden Sie Salem Aleikum-Cigaretten schätzen lernen. Nichts ist in gleichem Maße geeignet, ein billigeres und ungetrübteres Vergnügen zu bereiten, als der Genuß von edlem türkischen Tabak in Form von Salem Aleikum-Cigaretten.  
\* Echt mit Firma Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik „Yenidze“, \*  
Inhaber Hugo Zietz. Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Cigaretten.

Keine Ausstattung, nur Qualität.

	Nr. 3	4	5	6	8	10	
Preis:	$3\frac{1}{2}$	4	5	6	8	10	Pfg. das Stück.